WLZ

Zeitschrift der GEW Wiesbaden

Nr. 2 / 2008

26. Jahrgang

Vor den Sommerferien konnte man in den Tageszeitungen oder auf Reklamewänden etwas sehen, was auf den ersten Blick eine Ikea-Werbung zu sein schien. Fünf schwarz-weiße Regiestühle blickten ins Nirgendwo, als Überschrift lasen wir „Hauptrollen in Hessen zu vergeben“, rechts prangte das Wappen mit dem Hessenlöwen mit der Losung „Lehrer nach Hessen“ – d.h., bei näherem Hinsehen entpuppten sich diese Inserate als Werbung für den Einstieg in den hessischen Schuldienst. Wer aufmerksam las, dem stellten sich dann doch einige Fragen:

- Sind wir seit neuestem Regisseure, die im Unterricht vom bequemen Stuhl aus Unterricht moderieren, dirigieren, Anweisungen geben?
- Oder spielen die Fächernamen, die auf den Stühlen stehen, die Hauptrollen?
- Was bedeutet „Hauptrolle“? Ist dies eine Assoziation zur Arbeit an der mittlerweile sterbenden, ungeliebten Hauptschule oder sollen wir tatsächlich, gesellschaftlich gesehen, Hauptrollen spielen?
- Ist uns Kolleginnen und Kollegen da etwas Wichtiges entgangen? Unterschätzen wir uns gar?
- Werden nur Lehrer, d.h. Männer eingestellt? („Lehrer nach Hessen“). Gibt es am Hessischen Kultusministerium eine Gleichstellungsbeauftragte/ Frauenbeauftragte? Was sagt sie denn zum Text dieser Kampagne?
- Und vor allem: Was ist jetzt nach den Ferien daraus geworden?

Die Anzeige richtete sich u.a. an sogenannte „Quereinsteiger“, d.h. Menschen, die ein bestimmtes Fach studiert, aber keine pädagogische Ausbildung haben.

Als erstes kann man feststellen, dass – wie so oft in den letzten Jahren – wieder einmal etwas losgetreten wurde, was man bei

Zum Schuljahresanfang

Alter Wein im neuen Schlauch

näherer Betrachtung als Fehlgriff bezeichnen muss. Weder wurde für die Einstellung dieser Personen eine Rechtsgrundlage geschaffen (die beabsichtigte, unbefristete Einstellung widerspricht dem hessischen Einstellungserlass), noch wurde vorab geklärt, wie eine pädagogische und fachdidaktische Qualifizierung der Quereinsteiger zu leisten wäre. Zudem wurden die Mitbestimmungsrechte des Hauptpersonalrats erneut missachtet, indem er nicht einbezogen war. (Auch die örtlichen Personalräte haben im konkreten Einstellungsfall ein Mitbestimmungsrecht!)

Inzwischen ist das HKM zurückgerudert – Bewerber und Bewerberinnen werden jetzt mit einem Halbjahresvertrag eingestellt. Bei „Bewährung" können sie einen weiteren, auf zwei Jahre angelegten Vertrag bekommen; in dieser Zeit soll in einer Verordnung, die in Vorbereitung ist, festgelegt werden, wie die pädagogische Qualifizierung vonstatten gehen soll. Dieses Vorgehen zeugt nicht gerade von Umsichtigkeit oder vorausschauender Planung!

Festzustellen bleibt, dass auch mit den Hoffnungen der Quereinsteiger Schindluder getrieben wurde; es wurden Erwartungen geweckt, die so nicht einzulösen sind.

Und für die Schulen bleibt alles beim Alten, nämlich sich auch in diesem Schuljahr mit unsinnigen Vorgaben, nicht einzuhaltenden Versprechungen sowie skandalösen räumlichen, personellen und pädagogischen Problemen herumärgern zu müssen.

Kopftuch und Schule

Hasan Bilge

In den Zwanzigerjahren fanden in der Türkei unter dem Gründer der türkischen Republik Mustafa Kemal Atatürk Reformen statt, die im Grundgesetz verankert wurden.

Die Rechtsreform sicherte die Frauenrechte und schuf die gesetzliche Gleichheit von Frau und Mann.

Die Laizismusreform gewährte Meinungs- und Glaubensfreiheit. Religion und Politik wurden voneinander getrennt, damit der Missbrauch von Religion durch politische Interessen verhindert werden konnte.

Die Kleidungsreform schrieb Frauen und Männern in der Türkei vor sich modern und europäisch zu kleiden.

Die Türkei heute • Inzwischen sind über 80 Jahre vergangen. Die Reformen sind aktueller denn je. Das Problem wird nach Deutschland bis in die Schulen getragen. Die türkische Regierung hat in der Zwischenzeit das Kopftuchverbot gelockert, dies führte in der Türkei zwischen den unterschiedlichen politischen Kräften zu politischen Auseinandersetzungen, wie religiös-laizistisch Gesinnte, Demokraten-Putschisten, rechts religiös Nationalisten – Demokraten – rechtsmilitaristische Nationalisten.

Die politischen Auswirkungen dieser Auseinandersetzungen sind derzeit noch ungewiss.

Die Männer haben im öffentlichen Raum weitestgehend die Kleidungsreform akzeptiert und übernommen. Zwar tragen Männer der Landbevölkerung noch in vielen Teilen des Landes den _alvar (breite Hose) , doch in den Städten, in anderen geschäftlichen Zusammenhängen sowie Behörden wird generell der europäische Anzug getragen.

Was die Bekleidung der Frauen angeht, gibt es sehr große Unterschiede. Zwischen West-Ost, Nord-Süd, Land-Stadt, selbst in einer Stadt treten Frauen in der Öffentlichkeit absolut europäisch bis hin in völliger Verschleierung auf.

Migranten in Deutschland • Im Zusammenleben in der Fremde findet unter den Migranten selbst eine Phase der Selektion und Separation statt, zwischen Deutschen und Türken, Christen und Moslems, Alewiten und Sunniten, Türken und Kurden, Wohnortnähe in der Türkei (Hem_ehri), Religiösen und Nichtreligiösen, Verwandtschaft. Diese findet auf der og. Hierarchie von oben nach unten statt.

Die Beziehungen richten sich nach gewissen Freundes - und Feindschaftsschemata. Heute ist die Selektion so fortgeschritten, dass man weiß, dass selbst Cafés, Moscheen, Vereine, Supermärkte, Restaurants und andere diesen unterschiedlichen Gruppierungen zugeordnet sind. Man grenzt sich heute auch als Migrant von anderen Migranten ab.

Familien • In den Familien selbst wird eine Innen-Außen-Differenzierung praktiziert. Die Kinder lernen sehr früh die Bedeutung der Familie, Familienordnung, Familien-Gehorsam, Feind- und Freundesbild kennen. Männliche Kinder werden beschnitten um früh die Weiterführung der Traditionen zu gewährleisten, das Kopftuch bei den Mädchen wird als Loyalitätsbezeugung gegenüber den Eltern und ihrer Religion angesehen, auch um deren Macht zu sichern. Das Kopftuch gibt den Mädchen auch Sicherheit und Schutz, vermittelt nach außen das Bild der ehrlichen, sauberen Jungfrau, die aus gutem Hause kommt und bestärkt ihre zukünftige traditionelle Frauenrolle. Da das Mädchen dadurch die Autorität der Eltern akzeptiert , wird dies auch als Zeichen angesehen, dass sie die Autorität des zukünftigen Ehemannes akzeptieren wird.

Kopftuchverbot • Im Namen des Zeitgeistes, des Laizismus und der bestehenden Frauenrechte Frauen zu zwingen, ihre Bekleidung zu ändern, ist nicht richtig.

Wenn eine Frau aus religiösen, ethischen oder anderen Gründen Kopftuch tragen möchte, ist das ihre persönliche Entscheidung. Die Frage ist vielmehr, ob sie das selbst entscheiden kann und darf.

Mit der Kleidungsreform dachte man auch innere Werte

Impressum:

Wiesbadener Lehrer- und Lehrerinnenzeitung. Herausgeber ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Wiesbaden, Gneisenaustraße 22, 65195 Wiesbaden, Tel: 0611/406670, EMail: gew-wiesbaden@gmx.net Redaktion: Birgit Bossert, Thomas Eilers, Ute Harlos, Katja Plazikowsky, Doro Stöver, Michael Zeitz.

und Einstellungen verändern zu können, dadurch den modernen Menschen zu schaffen. Die Entwicklung dahin lässt sich aber m.E. eher über den Zugang zu Bildung und finanzieller Unabhängigkeit erreichen.

Schule und Beruf • Was immer die Gründe sein mögen, warum sich eine Frau wegen ihrer Bekleidung nicht verwirklichen darf, dass sie keine Schule besuchen, keinen Beruf ausüben darf, dies ist frauenfeindlich und inhuman.

Mit welchen Vorschriften darf /sollte die Lehr- und Vorbildfunktion der LehrerInnen belegt werden: Über die Rocklänge? Vollbart? Kleidungsstil? Piercing? Kopftuch?

Unser äußeres Erscheinungsbild als LehrerIn entspricht, anders als in vielen anderen Berufssparten, unserer persönlichen Entscheidung, unseren persönlichen Vorlieben.

Selbstbewusstsein und Kopftuch • Eine Frau kann ihr Kopftuch ablegen, wenn sie sich ohne dieses wohl und sicher fühlt. Ein erster Schritt dazu ist, dass ihre Umgebung sie so akzeptiert. Sie muss die Möglichkeit zur Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung haben. So lange eine Frau das Kopftuch als Teil des eigenen Körpers erfährt, so lange sie sich ohne Kopftuch nackt fühlt, wird es für sie in dieser Hinsicht keine Veränderung geben können.

Auch das Gegenteil ist möglich, dass eine Frau mit Kopftuch - gerade in Europa - das nötige Selbstbewusstsein entwickelt, sich frei zu entfalten.

Menschen entwickeln sich durch den Zugang zu Bildung und Perspektiven, weniger durch Normen und Auflagen.

Angestellte in den Schulen – was verbirgt sich dahinter?

Christina Gerhardt

Spätestens zur Wahl der neuen Personalräte im Mai dieses Jahres wurde klar, wie viele Angestellte in den Schulen im SSA-Bereich Wiesbaden/Rheingau-Taunus beschäftigt sind, nämlich von insgeamt etwa 4000 Beschäftigten sind ca. 500 im Angestelltenverhältnis.

In den GEW-Kreisverbänden Wiesbaden, Rheingau und Untertaunus gab es kaum Angestellte, die sich für die Wahl zum Gesamtpersonalrat zur Verfügung stellen wollten. Warum? Ein Grund war sicherlich, dass im Mai ca. 300 Personen mit befristeten Verträgen angestellt waren und diese KollegInnen nie wissen, wie es im nächsten Schuljahr weitergeht. So entschied ich mich als Beamtin auf einem Angestelltenplatz zu kandidieren und befasse mich inzwischen ausführlich mit der Materie. Bei einer Schulung der Angestellten-Personalräte durch ***lea*** gab es für mich weitere Informationen.

An dieser Stelle wage ich den Versuch, die Vielfältigkeit der Angestellten im Schuldienst aufzuzeigen:

- Befristete Verträge: diese werden hauptsächlich zur Vertretung längerfristig abwesender KollegInnen abgeschlossen. Unbefristete Verträge: diese werden mit den Berufsgruppen „Lehrkräfte“-Personenkreis abgeschlossen

Berufsgruppen:

- Lehrkräfte (herkunftssprachliche Lehrkräfte, Quereinsteiger jeglicher Fachrichtung, Lehrkräfte mit 2.Staatsexamen, DiplomsportlehrerInnen u.v.m.)
- Sozialpädagogische Fachkräfte (ErziehrInnen, TherapeutInnen, Pflegekräfte), diese arbeiten nicht nach einer Pflichtsstundenverordnung, sondern nach dem sog. ErzieherInnen-Erlass, die Arbeitszeiten sind dort genau aufgeschlüsselt
- SozialpädagogInnen

Forderungen der GEW seit vielen Jahren:

- Die Befristung von Verträgen mit Ende der Sommerferien
- Pflichtstundenverordnung für die sozialpädagogischen Fachkräfte
- Verzahnung des herkunftssprachlichen Unterrichts mit dem Regelunterricht

Bei dieser Vielfältigkeit bezüglich Arbeitszeiten, Befristung, Mehrarbeit etc. bei Angestellten ist es allen zu empfehlen, gewerkschaftlich organisiert zu sein, um im Streitfall auch Rechtsschutz zu erhalten.

„Von sozial kann keine Rede sein“

DGB-Gewerkschaften Hessen kritisieren GRÜNEN-Pläne zur gestaffelten Beamtenbesoldungserhöhung

Jochen Nagel

Die heute von den Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag vorgeschlagene Einführung einer Sozialstaffel im Rahmen der Beamtenbesoldung hat der Vorsitzende des DGB Hessen, Stefan Körzell, scharf kritisiert. Es sei den hessischen Beamtinnen und Beamten nicht zu vermitteln, warum sie zugunsten des Landeshaushaltes auf einen ohnehin nicht üppigen Einkommenszuwachs verzichten sollten. Körzell erinnerte an den gemeinsamen Beschluss der Landtagsmehrheit, zu der auch die Grünen zählen, Hessen wieder in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückzuführen. Dies beinhalte aus seiner Sicht auch die Übernahme der Besoldungserhöhung für alle Beamtinnen und Beamten ab dem 1. Januar diesen Jahres und keine Aufspaltung in Besoldungsgruppen, bei der die einen mehr und andere weniger erhielten. Stefan Körzell: „Dies widerspricht dem Verständnis des DGB Hessen, wonach auch die Beamtinnen und Beamten einen materiellen Nachholbedarf haben und zwar gleichzeitig. Alles andere wäre eine Zumutung.“

„Beschäftigten die Übertragung des Tarifergebnisses vorzuenthalten ist keineswegs sozial“, so kommentiert der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Hessen, Jochen Nagel den heute vorgestellten Vorschlag der Bündnisgrünen zur Beamtenbesoldungserhöhung. Nach Auffassung der GEW Hessen ist es im Gegenteil unsozial den Beamtinnen und Beamten gegenüber, die in den vergangenen Jahren keine Besoldungserhöhung erhalten haben und sogar Kürzungen bei den Sonderzahlungen hinnehmen mussten, die längst fällige Besoldungserhöhung vorenthalten zu wollen. Darüber hinaus ist dieser Vorschlag von großer Akademikerfeindlichkeit geprägt. Diese erneute Diskriminierung wird mit Sicherheit den Nachwuchsmangel gerade im Bildungsbereich weiter verschärfen.

Dass es den GRÜNEN keineswegs um soziale Taten, sondern lediglich um Haushaltssanierung geht, belegt auch, dass sie in den niedrigen Besoldungsgruppen keinerlei zusätzliche Zuwendungen planen.

„Diese Abwertung der akademischen Berufe und die neuerliche Sonderbehandlung der Beamtinnen und Beamten in Hessen lehnen wir als unzumutbar ab und werden wir in dieser Form nicht hinnehmen“, erklärt Nagel abschließend.

Jörg Bruchmüller, Vorsitzender Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Hessen, zeigte sich empört: „Der Vorschlag einer Sozialstaffel durch die Grünen kommt zur Unzeit. Sie sollten sich vielmehr an ihren eigenen Aussagen vor der Landtagswahl messen lassen und an der Wertschätzung des Öffentlichen Dienstes festhalten statt den Beamtinnen und Beamten ein Sonderopfer abzuverlangen.“

Auch der Vorsitzende von verdi Hessen, Jürgen Bothner, lehnt den Vorschlag einer Besoldungsstaffelung ab. Seine Forderung laute nach wie vor, dass das Beamtenrecht dem Tarifrecht folgen müsse. Der Vorschlag der Landtags-Grünen widerspreche diesem Grundsatz jedoch ganz eindeutig.

Ein Briefwechsel:

13.09.2008

Sehr geehrter Herr Al - Wazir,

vor einigen Tagen habe ich der Tagespresse entnommen, dass die hessischen Grünen einen Vorschlag zur Beamtenbesoldung vorgelegt haben. Er sieht vor, die Anhebung der Beamtenbesoldung nicht, wie ursprünglich geplant, rückwirkend zum ersten Januar 08 für alle Landesbeamtinnen und -Beamten wirksam werden zu lassen, sondern eine "Sozialstaffel" einzuführen.

Als Lehrerin in Hessen habe ich in den vergangenen Jahren keine Besoldungserhöhung erhalten und musste Kürzungen bei den Sonderzahlungen hinnehmen. Gleichzeitig haben wir Lehrerinnen und Lehrer die höchste Arbeitszeit im Vergleich zu den anderen Bundesländern bei katastrophalen Arbeitsbedingungen. Schon die Erhöhung der Besoldung um 2,4 Prozent durch die damalige hessische Landesregierung war ein Affront der Beamtenschaft gegenüber und benachteiligte diese eindeutig im Vergleich mit denen anderer Bundesländer.

Ich erinnere an den gemeinsamen Beschluss der neuen Landtagsmehrheit, Hessen wieder in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückzuführen, der für mich auch beinhaltet, dass die Besoldungserhöhung für alle Beamtinnen und Beamten ab dem 1. Januar angeglichen wird.

Wieder wird von uns ein Sonderopfer verlangt, um den Haushalt zu konsolidieren. Ich habe mittlerweile keinerlei Verständnis mehr für diese Vorgehensweisen und bin außerordentlich verärgert, dass ausgerechnet die Partei "Die Grünen" sich hier als Vorreiter profiliert. Der Einwand, dieser Vorschlag sei gleichzeitig "sparsam und sozial", ist zynisch und zeugt davon, dass Sie sich schneller als erwartet auch von dem Klientel verabschieden, dass Sie einst mit Überzeugung gewählt hat.

Sollten sich ihre Vorstellungen durchsetzen, sind "Die Grünen" für mich als Partei endgültig nicht mehr wählbar.

Mi freundlichen Grüßen

Katja Plazikowsky

14.09.2008

Sehr geehrte Frau Plazikowsky,

haben Sie vielen Dank für Ihre Mail.

Wir wollen, dass Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehrt. Der Landtag hat – wie Sie auch schreiben – mit unseren Stimmen einen entsprechenden Beschluss gefasst. Wir wollen ebenfalls, dass auch in Hessen wieder der Grundsatz gilt: Beamtenrecht folgt Tarifrecht. Seit längerem (auch bereits vor der Wahl) weisen wir jedoch darauf hin, dass diese Angleichung nur schrittweise erfolgen kann.

Ich will Ihnen gerne erläutern, warum wir zu dieser Einschätzung kommen. Mit dem – von uns immer kritisierten - Ausstieg der Landesregierung aus der Tarifgemeinschaft der Länder und der Erhöhung der Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamten wurden leider Fakten geschaffen. Beamtenstellen wurden im Rahmen der so genannten „Operation sichere Zukunft“ abgebaut und Haushaltsmittel anders gebunden. Diese Fehlentscheidung der Landesregierung lässt sich unter den gegebenen Bedingungen nicht in einem Schritt korrigieren. Würde wir beispielsweise die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf einen Schlag an die Vereinbarungen in der Tarifgemeinschaft der Länder angleichen, würden sofort tausende zusätzliche Beamtinnen und Beamten benötigt, um dies auszugleichen. Selbst wenn ein solcher Schritt von einem Tag auf den anderen zu finanzieren wäre – er ist es leider nicht – stünden die benötigten Beamtinnen und Beamten gar nicht zur Verfügung. Sowohl bei Lehrerinnen und Lehrern als auch Polizeibeamtinnen und –beamten reichen die Ausbildungskapazitäten schon jetzt kaum aus. Diese objektiven Zwänge bedeuten für uns nicht, dass wir die Ziele Rückkehr in die TDL und Angleichung des Beamtenrechts aufgeben. Allerdings werden wir es nur schrittweise realisieren können. Die Fehlentscheidung, aus der TDL auszusteigen, wirft leider einen langen Schatten.

Ähnlich verhält es sich mit der Übertragung des Tarifabschlusses (der übrigens noch keine Rückkehr in die TDL ist) auf die Beamtinnen und Beamten. Eine rückwirkende Übertragung für alle zum 1. Januar 2008 würde nahezu vollständig aus neuen Schulden finanziert. Auch hier rächt sich, dass die bisherige Landesregierung Haushaltsmittel statt für eine vernünftige Bezahlung der Landesbedienstete für andere Zwecke gebunden hat. Und auch hier lässt sich

diese Fehlentscheidung leider nicht von einem Tag auf den anderen korrigieren. Deshalb haben wir vorgeschlagen, dass alle Beamtinnen und Beamten die Tariferhöhung bekommen und auch für alle die Tariferhöhung rückwirkend gilt. Allerdings haben wir für den Zeitpunkt, wie weit rückwirkend die Tariferhöhung gilt, eine Differenzierung zwischen niedrigeren und höheren Besoldungsgruppen vorgesehen.

Ich verstehe, dass Sie wollen, dass auch in Hessen möglichst schnell wieder die Regeln der Tarifgemeinschaft der Länder und der Übertragung dieser Regelungen auf Beamtinnen und Beamten gelten. Wir wollen das auch. Ich hoffe, ich konnte Ihnen erläutern, warum dies jedoch aufgrund der Folgen der Fehlentscheidungen der bisherigen Regierung, aus unserer Sicht nur schrittweise geht.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Mathias Wagner

16.09.2008

Sehr geehrter Herr Wagner,

vielen Dank für Ihre schnelle Rückantwort. Es ist erfreulich, dass Schreiben wie meines noch wahrgenommen werden.

In der Sache muss ich Ihnen allerdings widersprechen. Ich beschränke mich dabei auf das Thema der Beamtenbesoldung, weil dies meiner Meinung nach ein besonders deutlicher Fall von opportunistischem Verhalten ist.

Bevor Ihre Partei den Vorschlag der verzögerten Rückzahlung der Besoldungserhöhung machten, wurde uns von allen Parteien suggeriert, dass wir mit einem adäquaten Ausgleich rechnen können. Ihre Begründung, warum Sie diesen Vorschlag gemacht haben, überzeugt mich nicht im Geringsten. Ich würde noch weiter gehen: Besser hätte Herr Koch auch nicht argumentieren können.

Als Lehrerin mit A 13, zwei studierende Kinder, gehöre ich nicht unbedingt zu den Bestverdienenden und habe wirklich kein Geld zu verschenken - im Gegenteil wurden mir ja bereits, wie erwähnt, immer wieder Sonderopfer abverlangt. Es geht auch nicht um eine voluminöse Gehaltserhöhung, sondern um einen Inflationsausgleich und die Verhinderung von realen Gehaltsverlusten. Suggerieren Sie uns doch bitte nicht, dass wir das Land Hessen in den Ruin treiben, wenn wir fordern, dass wir die unglaubliche Differenz von 0,6 % (!) rückwirkend ausgezahlt bekommen, so wie es uns zustehen sollte; und dass hessische Beamtinnen und Beamte wie in den anderen Bundesländern (da scheint es ja möglich zu sein) auch die 3% bekommen sollten, ist selbstverständlich und sollte keinesfalls als besonderes Verdienst der neuen politischen Mehrheit hervorgehoben werden.

Erfahrungsgemäß wird dort eingespart, wo man die geringsten Widerstände erwartet; dass Sie sich so schnell die Gepflogenheiten der vorherigen politischen Mehrheit zu eigen machen, verärgert mich, wie gesagt, ganz enorm. Der Beifall von CDU, FDP und leider auch der SPD war Ihnen ja schon gewiss. Bleibt noch abzuwarten, wie sich die Partei „Die Linke“ positionieren wird. Und dann wird es mich auch interessieren, wann und wie hoch die nächste Diätenerhöhung in Hessen ausfallen wird bzw. welche politischen Mehrheiten sich dafür finden werden.

Mit freundlichen Grüßen

Katja Plazikowsky

24.09.2008

Sehr geehrter Herr Wagner,

zu meiner mail vom 16.9.08 möchte ich noch etwas nachtragen: Nachdem Ihre Partei die Grünen am 23.9.08 in einem noch ungewohnten, doch sicher zukunftsweisenden Schulterschluss mit der CDU die von Ihnen so genannte „Sozialstaffel“ durchgesetzt hat, möchte ich Ihnen noch einige Denkanstöße zu weiteren Einsparungsmöglichkeiten geben, um dem notleidenden Hessenland wieder auf die Beine zu helfen.

1. *Warum sollen Beamtinnen und Beamte nur 42 Stunden in der Woche arbeiten? 45 Stunden wären auch machbar. Auch Lehrkräfte sind sicher nicht böse, wenn sie 2 oder 3 Unterrichtsstunden mehr in der Woche arbeiten. Schließlich haben wir ja einen krisensicheren, unkündbaren Arbeitsplatz.*
2. *Denken Sie doch über weitere Einsparungsmöglichkeiten im Schulbereich nach! Möglich sind noch:*
   - *Erhöhung der Klassenfrequenzen (Wo 33 Kinder in einer Klasse lernen, ist der Unterschied zu 40 Kindern auch nicht so groß, und größere Klassen brauchen weniger Lehrkräfte.....)*
   - *Verkürzung der Schulzeit (G7 statt G8)*
   - *Verlängerung der Lebensarbeitszeit (70 statt 67 Jahre)*
   - *Da wir unseren Arbeitsplatz teilweise zu Hause haben - den wir steuerlich nicht mehr absetzen können - und einen Großteil unseres Materials selber finanzieren, könnten noch mehr schulische Tätigkeiten ausgelagert werden - warum nicht mal eine AG oder den Förderkurs bei uns zu Hause stattfinden lassen? Auch Elternabende, Beratungstätigkeiten und Teamarbeit könnte doch wunderbar in der Kneipe oder privat stattfinden, das spart Investitionen, Räume und Material.*

Ich bin sicher, Ihre Partei findet auch hier kreative grün - schwarz - gelbe Möglichkeiten, die uns alle in nicht allzu ferner Zukunft nach Jamaica führen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Katja Plazikowsky

„Geld hat keine politische Farbe“, sagt Mathias Wagner.*

Was sollen wir dazu sagen? Die Grünen sind nicht mehr so grün, sie werden zunehmend schwarz und Schwarz ist keine Farbe.

***Wiesbadener Kurier, 24.09.2008**

Desolate Zustände an Grundschulen

Ute Harlos

Zum Schuljahresbeginn machte die Fachgruppe Grundschule des Kreisverbandes Wiesbaden eine Bestandsaufnahme der Situation an den verschiedenen Schulen. Trotz der engen politischen Vorgaben sind die Verhältnisse sehr unterschiedlich.

Klassengrößen von 18 bis 28 • Diese unterschiedlichen Zahlen geben ein trockenes Bild der Arbeitsbedingungen. Da ist man schnell geneigt von Glück und Pech zu reden, man kann aber durchaus auch eine Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen formulieren. Es ist völlig unverständlich, dass die Klassenzahl nur nach der Anzahl der SchülerInnen festgelegt ist und die sozialen Probleme der einzelnen Kinder (Migrationshintergrund, Herkunft aus bildungsfernen Schichten, soziales Elend) keine Berücksichtigung finden. Das sture Abzählen der Kinder wird dem pädagogischen Aufgabengebiet der Grundschule in keiner Weise gerecht.

U+ und verlässliche Schule • Die Umwandlung von U+ in verlässliche Schule hat an den Grundschulen keine Veränderungen gebracht. In diesem Zusammenhang ist der unterschiedliche Krankenstand an den Schulen natürlich ausschlaggebend für das Problem der nicht ausgebildeten Kräfte. Wenn in dem Pool Vertretungskräfte aus dem Einzugsbereich der Schule im Vertretungsfall angerufen werden, so kann auch am ersten Tag einer Krankmeldung einer Kollegin die Vertretung übernommen werden. Wenn der Krankenstand jedoch sehr hoch ist, werden erst am zweiten Tag einer Krankmeldung die Vertretungskräfte eingesetzt und am ersten Tag wird die Klasse auf zwei, drei, vier, fünf andere Klassen aufgeteilt, auch jahrgangübergreifend. Ansonsten würden bei einer Klassengröße von 26 Kindern 39 Kinder eines Jahrgangs im Klassenraum sitzen.

Doppelte Klassenführung - eine Lehrerin für zwei Klassen • Auch in diesem Schuljahr müssen Kolleginnen zwei Klassen leiten. An manchen Schulen liegt das daran, dass viele Vollzeitkräfte unterrichten und deswegen nicht für jede Klasse eine Lehrkraft zur Verfügung steht. Es gibt auch den Fall, dass Lehrerinnen an der Schule eingesetzt sind, die aufgrund gesundheitlicher Probleme nicht in der Lage sind, eine Klassenführung zu übernehmen. In früheren Jahren gab es für das Schulamt die Möglichkeit, diese LehrerInnen einer Schule als zusätzliche Kraft zuzuweisen. Mittlerweile sind die Anweisungen seitens des Schulamtes so eng, dass jede vorhandene Stunde an der Schule zählt. Die Kollegin mit der doppelten Klassenführung berät die Eltern und verfolgt die Lernfortschritte von 50 Kindern. „Individuell", versteht sich.

Doppelte Schulführung: Funktionsstellen Rektorin – Konrektorin • Seit langem ist bekannt, dass der Aufgabenbereich einer Grundschulrektorin eine sehr anspruchsvolle und unglaublich vielseitige Tätigkeit ist. Management ist gefragt. Das Gehalt dafür entspricht dem Eingangsgehalt einer Lehrkraft in Sekundarstufe I. Dieses Missverhältnis hat nun Auswirkungen. In Wiesbaden sind drei Konrektorinnen-Stellen nicht besetzt, weil niemand sich auf die Ausschreibung bewirbt. Es gibt den Fall, dass eine Person gleich drei Funktionsstellen ausfüllt - Vertretung einer Rektorin, Vertretung einer Konrektorin und die eigene Konrektorinnenstelle - für das Gehalt einer Konrektorin.

IGS in Wiesbaden • Die Beratungsaufgabe der GrundschullehrerInnen wäre sehr viel übersichtlicher, wenn es für alle IGSen in Wiesbaden ein vorgezogenes Anmeldeverfahren geben würde und nicht nur für die Helene-Lange-Schule. Das Pokern um die Wahl der Schulform und die ultimativ richtige Präferenzenwahl könnte entfallen. Wer einen zugeteilten Platz an einer IGS nicht antritt oder durch den Mangel an IGS Plätzen keinen bekommt, kann sich dann im zweiten Verfahren für eine Form des dreigliedrigen Systems entscheiden. Die Fachgruppe Grundschule begrüßt es sehr, dass die Leiterin der Helene-Lange-Schule mit dieser Veränderung des Verfahrens einverstanden ist. Ein wichtiges Argument für eine Beratung im Sinne der IGS ist die längere Schulzeit. Angesichts des Desasters der G8 Situation an den Gymnasien, bieten die IGSen eine vernünftige G9 Alternative auf dem Weg zum Abitur.

Budgetfragen an Grundschulen • Besonders an kleineren Grundschulen ist das zugewiesene Budget für Fortbildungen mager: 40 € pro Vollzeit- LehrerInnenstelle, da kommt nicht viel zusammen. Ein Tipp: das Bildungswerk der GEW „LEA" bietet Beratungen an, welche Seminarangebote für einen „Pädagogischen Tag" an einer Schule abgerufen werden können.

Auch GrundschullehrerInnen müssen Reisekosten bei Klassenfahrten tragen und können diese über den Dienstweg beim Staatlichen Schulamt zur Erstattung einreichen. Der Etat für diese Aufwendungen ist seitens des Schulamtes nicht begrenzt. Es ist wichtig, die Ansprüche anzumelden, damit im Schulamt der Umfang der finanziellen Belastung deutlich wird.

Bericht über das Treffen der Fachgruppe „Sonderpädagogik" am 11.09.08:

Katja Plazikowsky

An diesem Treffen nahmen 7 Kolleginnen und Kollegen teil, wie immer fand ein ausführlicher Austausch über die Situation an den Förderschulen sowie an den Schulen mit gemeinsamem Unterricht statt.

Als Problemschwerpunkte wurden angesprochen:

- Schwierige Raumsituation (Comeniusschule, Böll-Schule)
- Unklarheit über den Beginn des Neubaus (Comeniusschule)
- Extreme Raumnot,
- Lehrkräfte fühlen sich durch die vielen schulischen Projekte sehr belastet (Albert – Schweitzer – Schule)
- Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit massiven psychischen Problemen in allen Schulformen nimmt zu; die Anzahl derjenigen, die zwischenzeitlich die Heinrich Böll - Schule besuchen, ist deutlich gestiegen
- Integrationsklassen sind teilweise sehr voll, bis zu 4-6 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Eltern beschweren sich(Blücherschule)
- In der Krautgartenschule gibt es eine neue GU – Klasse ohne Förderschullehrkraft, es herrscht der Eindruck, dass der GU keine Unterstützung mehr hat; der GU wird durch eine Grundschulkollegin abgedeckt
- An der Bodelschwingh – Schule ist die Stellensituation gut bis auf die Tatsache, dass es zu wenig Pflegepersonal gibt
- Die Anwesenden sind sich darüber einig, dass die Neuordnung der Zuständigkeiten der Beratungs- und Förderzentren, wie sie das Schulamt im letzten Jahr vorgenommen hat, z. T. nicht praktikabel ist und vermeidbare Problem schafft
- Der Vorschlag, eventuell ein gemeinsames Treffen mit der Fachgruppe Grundschule zu veranstalten, wurde begrüßt und soll in die Tat umgesetzt. Voraussichtlicher Zeitpunkt: März 2009

"Miserables Zeugnis für die Bildungsrepublik Deutschland"

Bildungsgewerkschaft: Bildungsarmut, Pädagogenmangel, Unterfinanzierung - Bildungsbericht zeigt zentrale Defizite Deutschlands / Bildungsgipfel muss belastbare Vereinbarungen treffen

"Der Nationale Bildungsbericht 2008 stellt der 'Bildungsrepublik Deutschland' ein miserables Zeugnis aus: Die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss ist erschreckend hoch. Hauptschüler haben nach wie vor kaum Chancen, einen Platz in Ausbildung und Beruf zu ergattern. Unser gegliedertes Schulsystem erweist sich als Rutschbahn, auf der soziale Auslese 'nach unten' bestens funktioniert. Wir müssen endlich die zentralen Probleme unseres Bildungswesen - Bildungsarmut, Pädagogenmangel und die chronische Unterfinanzierung - angehen", erklärte der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Ulrich Thöne. "Wenn Kanzlerin Angela Merkels (CDU) Initiative mehr sein soll, als eine PR-trächtige Sommerwanderung mit anschließendem Fototermin auf dem Bildungsgipfel, muss sie in all diesen Bereichen belastbare und verbindliche Vereinbarungen mit den Ländern treffen", erklärte Thöne.

Er schlägt entschiedene Maßnahmen im Kampf gegen Bildungsarmut vor: "Wir können und wollen uns keine 'verlorene Generation' leisten. Wir müssen endlich ein verbrieftes Recht auf Bildung für alle Menschen in unserer Gesellschaft verankern. Der Mittlere Schulabschluss nach Klasse zehn in der 'Einen Schule für alle Kinder' muss künftig Standard- und Qualitätsziel für alle Schülerinnen und Schüler werden", sagte Thöne. Das A und O bleibe, dass junge Menschen nach dem Schulabschluss den Sprung in Ausbildung und Beruf schaffen. Dafür müsse das duale System reformiert werden. "Wir brauchen eine Ergänzung des dualen Systems: Ausbildungsverbünde, außerbetriebliche Ausbildungsstätten bei Trägern und berufsbildende Schulen müssen gemeinsam ein ausreichendes Angebot an Lehrstellen sichern. Die jungen Menschen wie in der Vergangenheit in Warteschleifen abzuschieben, bedeutet Frustration und ihnen Berufs- und Lebenschancen zu verweigern", betonte der GEW-Vorsitzende.

"Die Neuausrichtung des deutschen Bildungssystems - weg von der Selektion, hin zu Integration und Unterstützung - ist nicht zum Nulltarif zu haben. Statt jedoch mehr Geld in Bildung zu investieren, wie es etwa die bei PISA erfolgreichen Länder getan haben, ist der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt gesunken", sagte Thöne. In den vergangenen Jahren seien die Bildungsausgaben, auch in absoluten Zahlen gerechnet, zurückgefahren worden. "Wir verlieren international den Anschluss und katapultieren uns ins triste Mittelalter zurück, wenn in der Bundesrepublik künftig nicht mindestens sieben Prozent des BIP aus öffentlichen Mitteln in den Bildungsbereich fließen."

Der GEW-Vorsitzende machte noch einmal deutlich, dass Deutschland auf einen Pädagogenmangel zusteuere. "Die Länder müssen jetzt investieren und deutlich mehr Lehrkräfte und Erzieherinnen ausbilden, sonst werden uns in kurzer Zeit zehntausende Fachkräfte fehlen. Und die können dann nicht von heute auf morgen ausgebildet werden", mahnte er. Wer motivierte junge Menschen für den schönen Pädagogenberuf gewinnen wolle, müsse für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Die Länder hätten sich in den vergangenen Jahren jedoch für einen anderen Weg entschieden: Absenkung der (Einstiegs)Gehälter, Fristverträge und Teilzeitarbeitsplätze. "So schreckt man junge Menschen ab", sagte Thöne.

Privatisierung der kommunalen Kindertagesstätten

Wie die schwarz-grün-gelben Bürgervertreter in Wiesbaden ihre Kindertagesstätten ohne Anhörung des Jugendhilfeausschusses los werden wollten und dabei erstmal eine Bauchlandung erlitten

Das Hessische Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB) schreibt im § 6 zwingend vor, dass „der Jugendhilfeausschuss frühzeitig mit allen die Lebensbedingungen von jungen Menschen und ihren Familien betreffenden Planungs- und Entwicklungsvorhaben der Gebietskörperschaft des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe zu befassen ist“.

Zu der am Donnerstag (25.9.) auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung vorgesehenen Magistratsvorlage zur Umsetzung des Gutachtens zur Neuorganisation der Kindertageseinrichtungen in der Landeshauptstadt Wiesbaden wurde der Jugendhilfeausschuss bislang aber nicht angehört.

Die Linke Liste hält es sowohl für rechtlich-formal als auch von der Sache her dringend geboten, dass zunächst der Jugendhilfeausschuss angehört wird, bevor Vorschläge zur Umsetzung des Gutachtens in Auftrag gegeben werden mit dem Ziel, die städtischen Kindertagesstätten aus der Stadtverwaltung in eine Stiftung zu überführen.

Im Jugendhilfeausschuss, in dem u. a. Caritas, Diakonisches Werk, Paritätischer Wohlfahrtsverband, die selbst Kindertageseinrichtungen betreiben, vertreten sind, ist großer Sachverstand versammelt. Dieser muss nach Auffassung der Linken Liste von den Stadtverordneten vor Entscheidungen einbezogen werden.

Nach Auffassung der Linken Liste war es unrechtmäßig, dass der Magistrat ohne Anhörung des Jugendhilfeausschusses die Beschlussvorlage in die Beratung der Stadtverordnetenausschüsse gegeben hat.

Da die Stadtverordnetenvorsteherin noch nicht einmal bereit war, die rechtlichen Bedenken der Linken Liste vom Rechtsamt prüfen zu lassen, sieht die Fraktion Linke Liste nur den Weg, die Bedenken gerichtlich klären zu lassen und so sicherzustellen, dass der Jugendhilfeausschuss "frühzeitig" beteiligt wird, wie dies gesetzlich vorgeschrieben ist.

Politisch bewertet die Fraktion Linke Liste die Angelegenheit so: Insbesondere der schwarz-grün-gelben Koalition kann es jetzt offenbar gar nicht schnell genug damit gehen, die 35 städtischen Kindertagesstätten mit über 770 Beschäftigten in eine Stiftung zu überführen, um dann dort – der Kontrolle der Stadtverordnetenversammlung entzogen – die Personalkosten und die Qualität zu senken und perspektivisch auch diesen Bereich der Daseinsfürsorge für private Investoren interessant zu machen.

Das Verwaltungsgericht (VG) Wiesbaden lässt TOP "Kindertageseinrichtungen" zu

Mit Eilbeschluss des VG Wiesbaden vom 23.9.2008 wurde der Antrag der Fraktion Linke Liste gegen die Behandlung des Tagesordnungspunktes "Kindertageseinrichtungen" in der Stadtverordnetenversammlung am 25.9.2008 abgelehnt

(Az.: 3 L 1029/08.WI(1)). Das Gericht hat dabei keine Aussagen dazu gemacht, ob dieser Tagesordnungspunkt nach kommunalrechtlichen Grundsätzen in der vorgelegten Fassung beschlossen werden darf oder nicht. Es hat die Auffassung vertreten, Fraktionen oder einzelne Gemeindevertreter könnten jedenfalls nicht im Vorfeld, quasi vorbeugend, verlangen, dass vorgesehene Tagesordnungspunkte gestrichen werden.

Allerdings hat das Gericht sehr deutlich die gerügte Rechtsverletzung in Form der vorgelegten Magistratsvorlage bestätigt. In Bezug auf das "Pricewaterhouse-Neuorganisationsgutachten" ergäbe sich nach den Formulierungen der Magistratsvorlage schon "eine gewisse Vorentscheidung hinsichtlich des Ergebnisses der Umsetzung und der Vorlage von Vorschlägen", weil eben nach diesem Gutachten eine Stiftung des öffentlichen Rechts als vorzugswürdig angesehen werde. Den gerügten Verfahrensverstoß durch den Magistrat hat das Gericht sehr deutlich festgestellt:

"Durch die Normierung in § 6 Abs. 7 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches ergibt sich jedoch die bindende rechtliche Verpflichtung, diesen Ausschuss frühzeitig mit den entsprechenden Planungs- und Entwicklungsvorhaben zu befassen. Entgegen dieser verbindlichen Rechtsvorgabe ist dies offensichtlich bislang nicht erfolgt."

Da dem Jugendhilfeausschuss bislang das besagte Gutachten, immerhin mit Datum 23.6.2008 erstellt, nicht vorliegt, hätte eine Magistratsvorlage mit dem Ziel der Umsetzung des Gutachtens noch gar nicht auf den Weg und zur Abstimmung im Parlament gebracht werden dürfen. Da der Jugendhilfeausschuss jetzt zwingend zu beteiligen sein wird, könnte dieser beispielsweise die Beauftragung eines weiteren Gutachtens beschließen, ggf. auch zu der Thematik: "Effektive Weiterführung der Kindertageseinrichtungen im Amt für Soziale Arbeit". Das "Pricewatherhouse-Gutachten" und dessen Um-

setzung wären dann Makulatur!

Dieser Rechtslage entsprechend muss das Parlament am 25.9. konsequenterweise die Nichtbefassung dieser Magistratsvorlage und zunächst die Beteiligung des Jugendhilfeausschusses beschließen. Geschieht dies nicht, müsste an und für sich der Oberbürgermeister den dann rechtswidrigen Beschluss beanstanden. Genauso können dann auch Gemeindevertreter und der Jugendhilfeausschuss selbst Kommunalaufsichtsbeschwerden erheben und auch parallel vor Gericht auf Unwirksamkeit der Beschlussfassung klagen.

Noch eins hat das Gericht beiläufig, aber wichtig, in den Beschluss hineingeschrieben:

"Gemäß § 50 Abs. 1, 2 HGO ist die Gemeindevertretung frei, über jedwede Angelegenheit der Gemeinde zu jedwedem Zeitpunkt zu beraten und ggf. auch zu beschließen. Insoweit handelt die Gemeindevertretung souverän."

Hieraus ergibt sich nochmals eindrucksvoll die Kompetenz der Gemeindevertretung auch für alle Anträge betreffend Kohlekraftwerk!

http://images.zeit.de/bilder/2008/13/wissen/zeit-campus/kita-geld/kita-geld-artikel.jpg

„Es glimmt nicht nur, es brennt lichterloh"

Grundschullehrkräfte erläuterten PodiumsteilnehmerInnen ihre Positionen

„Es glimmt nicht nur, es brennt lichterloh", so knapp beschrieb Moderator Werner Scholz die aktuelle Situation an den hessischen Grundschulen zu Beginn der Podiumsdiskussion, zu der GEW-Landesvorsitzender Jochen Nagel zuvor mehr als 50 Grundschullehrkräfte aus ganz Hessen in Frankfurt begrüßen konnte.

Zu Beginn des neuen Schuljahres hatten mehr als 500 hessische Grundschulen den von der hessischen GEW unterstützten Offenen Brief an Kultusminister Banzer unterzeichnet. „Bis heute hat das hessische Kultusministerium nicht auf die Minimalforderungen der hessischen Grundschuldirektorinnen und Grundschuldirektoren reagiert", hatte Manfred Schiwy, Grundschulrektor aus Reinheim und Mitglied der Landesfachgruppe Grundschule der GEW Hessen, enttäuscht festgestellt.

Ähnliche Schreiben waren auch den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen im hessischen Landtag zugegangen. „Mit ihnen wollen wir heute die Situation an den Grundschulen im Land und Möglichkeiten zur Verbesserung diskutieren. Kultusminister Banzer sitzt die Kritik aus den Grundschulen einfach aus, statt sich dieser Kritik zu stellen und Lösungen für die drängenden Probleme in den Grundschulen aufzuzeigen," so Jochen Nagel einleitend.

Über diese Forderungen diskutieren Barbara Cardenas, DIE LINKE, Heike Habermann, SPD, Dorothea Henzler, FDP, Mathias Wagner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kerstin Geis vom Landeselternbeirat und Dorothea Mannshardt von der GEW Hessen. Für die CDU hatte sich zwar deren bildungspolitsicher Sprecher Hans-Jürgen Irmer angekündigt, seine Teilnahme dann aber kurzfristig abgesagt.

Festhalten werden die Grundschulrektorinnen und Grundschulrektoren auf jeden Fall an ihren Mimimalforderungen, die lauten:

• Die durch den Schülerrückgang frei werdenden Lehrerstellen werden im System der Grundschule belassen und zur Verbesserung des pädagogischen Angebots genutzt!

• Die Schülerhöchstzahl in den Grundschulklassen wird ab sofort auf 25 Kinder begrenzt! Der „Notparagraph" der Verordnung, der ein Überschreiten der Höchstzahl der Klasse um bis zu drei Kinder ermöglicht, wird ersatzlos gestrichen!

• Die in der Stundentafel vorgesehenen 2 zusätzlichen Stunden pro Klasse, die für Unterrichtserweiterungen, Förderstunden, Differenzierungsmaßnahmen und Arbeitsgemeinschaften vorgesehen sind, werden sofort und ohne Abstriche zugeteilt!

„Sollte sich hier nicht endlich etwas bewegen, werden wir die Proteste ausweiten. Von hehren Sätzen in Elternbriefen wie ‚Kein Kind wird zurückgelassen', kann sich niemand etwas kaufen. Wir benötigen auch hier dringend einen Politikwechsel, der solchen Sätzen auch Taten folgen lässt," so Jochen Nagel abschließend.

Ein Studienbesuch in einem "Pädagogischen Paradies"

Jürgen Jäger

Im Rahmen der Lifelong Learning Programme der EU wurde von dem Europäischen Zentrum für die Entwicklung von beruflicher Bildung (European Centrum for the Development of Vocational Training, abgekürzt: CEDEFOP) vom 3.12.-07.12.2007 ein Studienbesuch in Lulea (Schweden) durchgeführt. Daran nahmen 15 Teilnehmer aus 11 europäischen Ländern teil (Frankreich, Spanien, Portugal, Rumänien, Türkei, Griechenland, England, Italien, Belgien, Irland und Deutschland).

Das Programm wurde von den Gastgebern (Schweden) hervorragend organisiert und gestaltet. Das Thema war das dynamische Lernumfeld für auffällige Schüler, auch mit Migrationshintergrund.

Die Kommune Lulea liegt am Bottnischen Meer fast auf der Höhe des Polarkreises und bezieht Teile von Finnland mit in den Wirtschaftsraum ein. Die Anreise erfolgte mit dem Flugzeug von Frankfurt/Main nach Stockholm und weiter nach Lulea, die Flugzeit betrug ca.3 Stunden.

Bei der Organisation und Kultur der Lulea Upper Secondary School geht es um das Gleichgewicht zwischen

Berufstraining und wissenschaftlichem Programm mit starker Unterstützung der Lernenden. Das Lehrer-Schüler-Verhältnis beträgt 1:10. Man hat die Allgemeinbildung, berufliche und akademische Bildung auf einem Campus zusammengeführt.

Die Bildungsgebäude befinden sich in einem hervorragend guten baulichen Zustand, es sind keine Innenraumluftbelastungen durch Gift- und Schadstoffe feststellbar. Die Ausstattung der Klassenräume mit Medien und technischen Geräten ist hervorragend. Die ganzheitliche Herangehensweise an die Ausbildung und die Beachtung des Wohlergehens der Schüler und Studenten ist offensichtlich, denn die Schule beschäftigt Psychologen, Berufstherapeuten, Krankenschwestern, Sozialarbeiter und Lehrer für besondere Lernhilfen.

Das gute Verhältnis zwischen Schülern, Lehrern, Direktoren und ist sehr auffällig. Die Studenten und Schüler waren während unseres Besuchs an allen Präsentationen beteiligt, was auch sachdienlich war. Ein solches Dachsystem, das den Zusammenschluss von drei separaten Schulen in der Berufs- und wissenschaftlichen Ausbildung vereint, sollte als Modell für eine Europäische Bildungspolitik stehen.

Seminartag des GEW Kreisvorstandes

Am Samstag, 4.9.08 traf sich der GEW Kreisvorstand zu einem Seminartag unter Leitung von Werner Scholz. Seminarschwerpunkte waren die Definition von Aufgaben im KV, die Festlegung von Arbeitsschwerpunkten und deren Aufteilung. Folgende Aufgabenschwerpunkte, verantwortliche KoordinatorInnen bzw. weitere AnsprechpartnerInnen wurden festgelegt:

Mitgliederbetreuung: Matthias Bender, Ute Harlos • **Mitgliederwerbung:** Michael Zeitz, Matthias Bender • **Schulentwicklung:** Dorothea Stöver, Birgit Bossert, Thomas Eilers, Matthias Bender (Schwerpunkt Bauten) • **Geschäftsführung:** Jürgen Jäger • **Öffentlichkeitsarbeit:** Thomas Eilers, Christina Gerhardt, Ute Harlos, Birgit Bossert • **Gremienarbeit:** Uli Horbrügger

Referat Sozialpädagogik: Christina Gerhardt • Referat Bildung und Schule: Katja Platzikowsky, Michael Zeitz • Personengruppe Migranten und Migrantinnen: Hassan Bilge • Personengruppe Angestellte: Christina Gerhardt • Personengruppe Senioren: Jürgen Jäger • Fachgruppe Haupt- und Realschulen: Thomas Eilers • Fachgruppe Gesamtschulen: Dorothea Stöver • Fachgruppe Berufliche Schulen: Matthias Bender • Fachgruppe Grundschulen: Ute Harlos, Sigrid Rohleder • Fachgruppe Sonderpädagogik: Katja Platzikowsky • Fachgruppe Gymnasien: Michael Zeitz • Kontakt zum Bezirk: Matthias Bender.

Gegendarstellung

Leider hat die Redaktion versäumt die folgende Gegendarstellung in der WLZ 1/2008 zu veröffentlichen, was wir hiermit nachholen. Die Gegendarstellung von Frau Studienrätin Keller bezieht sich auf den Artikel „Landesabi - und wie weiter?“ von Lothar Bembenek in der WLZ 2/2007. Dabei ging es um Ungereimtheiten bei den Aufgabenvorschlägen zum Abitur 2007 an der Martin-Niemöller-Schule in Wiesbaden.

Zu dem persönlichen Kommentar wollen wir doch ein paar Worte verlieren: Sie haben nicht erwartet, dass die Redaktion einen „subjektiven“ Bericht über Probleme in der Niemöller-Schule abdruckt. Ist Ihre Darstellung denn objektiv? Fakt ist, dass viele Probleme in den Schulen nicht hausgemacht, sondern häufig durch die Rahmenbedingungen verursacht sind. Dazu zählt z.B. die „Bestenauslese“ von Schulleitern durch die Schulämter. Nach außen werden Probleme gerne unter den Teppich gekehrt, aus Angst vor ... ja, was eigentlich? Die sogenannte Geheimhaltungsverpflichtung gilt, wenn es um persönliche Daten geht. Alles andere dient zur Verschleierung von faulen Tricks.

Wer sich wehren, etwas ändern und verbessern will, muss ins Licht, muss in die Öffentlichkeit gehen. Das ist der beste Schutz gegen Willkür und Mobbing!

Sabina Keller, StR´in
Fachsprecherin Geschichte, Martin-Niemöller-Schule
Bierstadter Str. 47
65189 Wiesbaden

An die
Redaktion der Wiesbadener Lehrer- und Lehrerinnenzeitung
Kreisverband der GEW, Gneisenaustr. 22,
65195 Wiesbaden

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Wiesbaden, 20. 12. 2007

ich habe leider Anlass, einige Aspekte aus dem Artikel des Koll. Bembenek zum Landesabitur in der WLZ 2 / 07, S. 8ff., soweit sie die Fachschaft Geschichte der Martin-Niemöller-Schule betreffen, richtigzustellen.

Ich bitte daher um Abdruck folgender Gegendarstellung in der nächsten Ausgabe:

"Die Ausführungen des ehemaligen Kollegen Bembenek bezüglich seines Antrags zum Landesabitur in Geschichte sind teilweise (S. 9f.) nicht zutreffend:
Die Schulleiterin Frau Waldorff hat die Behandlung des Antrags von Herrn Bembenek in der Fachkonferenz keineswegs "verboten".
Ich als für die Durchführung der Fachkonferenz verantwortliche Kollegin habe mit Frau Waldorff Rücksprache darüber gehalten. Sie hat mir keinerlei Anweisung erteilt, sondern ich habe lediglich über den Inhalt dieser Besprechung die Fachkonferenz am 11. 6. informiert, nämlich dahingehend, dass nach Vorgabe des HKM erst nach Abschluss des gesamten Prüfungsdurchgangs die Aufgaben einer öffentlichen Auswertung bzw. Diskussion durch die Fachkollegien zugänglich gemacht werden sollten, und dass die Klärung bewertungsrelevanter Probleme in den Aufgaben bzw. Lösungsvorschlägen zu einem früheren Zeitpunkt (nämlich vor Beendigung der Korrektur!) auf dem entsprechenden Dienstweg durch den / die Kollegen selbst hätte erfolgen sollen.
Ich habe auch nicht Herrn Bembenek mit "dienstrechtlichen Konsequenzen" "gedroht", sondern lediglich auf die Problematik seines Vorgehens hingewiesen.
Bei der Konferenz war ferner kein "Vertreter" der Schulleiterin anwesend, sondern nur die ohnehin regulär zur Teilnahme verpflichteten Kolleg/innen.
Schließlich: Die Konferenz hat nicht in der von Herrn Bembenek dargestellten Weise "protestiert", sondern die Thematik auf zwei Sitzungen ordnungsgemäß bearbeitet.
Es gibt nicht ohne Grund so etwas wie Konferenzgeheimnis.
Eine Weitergabe von Details aus diesen Sitzungen ist hier nicht statthaft.
Dazu berechtigte Personen können sich anhand der Protokolle über die Arbeit der Fachschaft informieren.

Mein persönlicher Kommentar:
Ich bin überrascht, mit welcher Selbstverständlichkeit Sie als Redaktion solch subjektive Berichte über schulische Interna abdrucken.
Präzision und Korrektheit in der Sache sowie gegenüber Kolleg/innen wären die mindeste Voraussetzung, um eine sinnvolle Auswertung des Landesabiturs und Beseitigung seiner Mängel zu erreichen. Ein Aufruf zur "Klagewelle" auf solch tönernen Füßen wie hier dürfte kaum im Interesse der Schüler/innen sein.

Sabina Keller, Fachsprecherin Geschichte,
Martin-Niemöller-Schule, Wiesbaden"

(Zur Kenntnis an Schulleitung und Fachkollegium Geschichte)

Viele Dank,

Mit freundlichem Gruß,

Markt der Möglichkeiten
Info-Stände, Gespräche ...

Integrierte Gesamtschulen
laden Eltern der Grundschulen ein...

Einladung

ins Rathaus in Wiesbaden,
am 1.11.2008 von 10 -14 Uhr

Die Gesamtschullandschaft in Wiesbaden wandelt sich – zum Start des Schuljahres 2009/2010 wird im Westen der Stadt eine neue IGS ihre Arbeit aufnehmen. Die Schulleiterinnen aller Wiesbadener Integrierten Gesamtschulen haben darum beschlossen, im Rathaus gemeinsam ihre Arbeit vorzustellen und für Fragen von Eltern der 4. Klassen der Grundschulen zur Verfügung zu stehen. An Info-Ständen der Schulen im Erdgeschoss kann man sich dann zu den Schwerpunkten der einzelnen IGS im Gespräch mit Eltern und Lehrkräften genauer informieren. Im benachbarten Sitzungsraum werden die Grundzüge einer integrierten Gesamtschule vorgestellt.

12.00 Uhr Gesprächsrunde zum Thema:
Gesamtschulen in Wiesbaden –
„Gute Aussichten für mein Kind!?"

(Mod. Frau Kerstin Geis, Landeselternbeirat)
Frau Stadträtin Scholz, Herr Dr. Hanke (Stadtelternbeirat) sowie die Schulleiterin Frau Dr. Ahlring und der Schulleiter G.-U. Franz;

Wir wünschen uns und zählen darauf, dass alle Eltern, die im nächsten Jahr vor der Entscheidung stehen: wohin mit meinem Kind in Klasse 5? als Besucher unterstreichen, dass die Nachfrage nach einem Platz an einer IGS ungebrochen ist. Es gilt zu zeigen, dass der bisher oftmals unerfüllbare Wunsch für viele Eltern und Kinder endlich realisierbar werden muss.

Wir, die Schulleiterinnen der Wiesbadener IGSen
freuen uns sehr über Ihren Besuch im Rathaus

Pro IGS WIESBADEN

Initiative gebildet durch:

GGG Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V. · GEW Wiesbaden · elternbund hessen e.V. mitdenken · mitwirken · mitentscheiden · ebh · Landeskreis Grundschulverband GRUNDSCHULVERBAND

Wiesbadens Integrierte Gesamtschulen (IGS)

1969 Wilhelm-Leuschner-Schule
Schulleiterin: Hiltrud Werkmann
Steinern Straße 20
55246 Mainz-Kostheim
Telefon 06134 - 603410
wilhelm-leuschner-schule@wiesbaden.de
www.Wilhelm-Leuschner-Schule.de

1974 Heinrich-von-Brentano-Schule, Hochheim
Schulleiter: Volker Jesinghausen
Massenheimer Landstraße 7
65239 Hochheim am Main
Telefon 06146 - 90460
verwaltung@brentano-schule.de
www.brentano-schule.de

1986 Helene-Lange-Schule
Schulleiterin: Dr. Ingrid Ahlring
Langenbeckstraße 6-18
65185 Wiesbaden
Telefon 0611 - 313670
info@helene-lange-schule.de
www.helene-lange-schule.de

1988 IGS Kastellstraße
Schulleiter: Gerd-Ulrich Franz
Kastellstraße 11
65183 Wiesbaden
Telefon 0611 - 31 22 63
igs-kastellstrasse@wiesbaden.de
www.igs-kastellstrasse.de

1990 Sophie-und-Hans-Scholl-Schule
Schulleiter: Paul Degenhardt
Geschwister-Scholl-Str. 10
65197 Wiesbaden
Telefon 0611 - 317110
sophie-und-hans-scholl-schule@wiesbaden.de
www.sohie-und-hans-scholl-schule.de

1992 Hermann-Ehlers-Schule
Schulleiterin: Annegret Lilge
Tempelhofer Straße 57
65205 Wiesbaden-Erbenheim
Telefon: 0611-9789-0
hermann-ehlers-schule@wiesbaden.de
www.hes-wiesbaden.de

2006 Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule
Schulleiter: Thomas Schwarze
65203 Wiesbaden
Rudolf-Dyckerhoff-Straße 10
Telefon 0611 - 317510
poststelle@wilhelm-heinrich-von-riehl-schule.wiesbaden.schulverwaltung.hessen.de

2009 IGS Alexej Jawlensky
(IGS in Gründung)
www.jawlensky-schule.de (ab 1.11.08)

Pro IGS WIESBADEN

Die Initiative Pro IGS: Gemeinsam sind wir stärker

Alle Integrierten Gesamtschulen an einen Tisch!

Doro Stöver

Es war eine erfolgreiche Wiederbelebung. Die Initiative Pro IGS Wiesbaden (weitere Infos auf gleichnamiger homepage) hat sich auf Einladung des Kreisvorstandes der GEW im Mai diesen Jahres neu konstituiert. Es war still um sie geworden, nachdem die Forderung nach einer weiteren IGS in der Innenstadt beantwortet wurde mit der Umwandlung der Kleistschule in eine sog. Reformschule und der Umwandlung der Riehlschule von einer additiven in eine Integrierte Gesamtschule.

Ungeachtet dessen fehlen weiterhin bis zu 100 IGS-Plätze in der Stadt. Um diesen Mangel ein bisschen zu verdecken, wurden zum neuen Schuljahr die 5. Klassen der Integrierten Gesamtschulen mit 30 Kindern voll gestopft. Angeblich mache die knappe Lehrerzuweisung dies notwendig, sagt das Staatliche Schulamt, das Städtische Schulamt hält sich bedeckt. Den Schulleitungen drohen juristische Zwangszuweisungen, wenn sie sich nicht fügen.

Mit dieser neuerlichen Zumutung wurde die Schmerzgrenze überschritten. Diese massive Provokation hat alte und neue StreiterInnen aktiviert.

Die Initiative Pro IGS gründete sich im Dezember 2001. In ihr arbeiten unter der Federführung von Eltern engagierte Eltern, Schulleitungen, LehrerInnen und GewerkschafterInnen mit dem Ziel, die Nachfrage nach IGS-Plätzen in die Öffentlichkeit zu bringen, das Angebot auszuweiten und die Diskussion um das Gemeinsame Lernen nicht nur strukturell, sondern auch inhaltlich weiter zu treiben.

Besonders gestärkt wird die Initiative durch die aktive Mitarbeit von Kerstin Geis, Vorsitzende des Landeselterbeirats und im Stadtelternbeirat zuständig für die Gesamtschulen.

Neu ist der ernsthafte Versuch, Vertreter aller IGSn an einen Tisch zu bekommen. Dabei sind auch die Helene-Lange-Schule und ihre Dependance, die zukünftige Alexej-Jawlensky-Schule. Das erste gemeinsame Auftreten in der Öffentlichkeit findet am 1.11.08 (Ankündigung siehe links) im Rathaus statt. Besonders angesprochen werden sollen die Eltern der 4t-Klässler, die z.T. wenig über Gesamtschulen wissen und von der Berichterstattung über G8 verunsichert sind.

Zentrale Themen werden die Klassengrößen und das Anmeldeverfahren sein. Die Initiative Pro IGS wird ein einheitliches, vorgezogenes Anmeldeverfahren für alle IGSn in Wiesbaden fordern. Nur so kann der wirkliche Bedarf erhoben werden und nur so besteht die Chance einer Verständigung zwischen den IGSn über die Berücksichtigung der Anmeldungen.

Übrigens: Die Initiative sucht noch MitstreiterInnen. Wer Lust hat zu einem Blick über den eigenen Tellerrand in und mit anderen Schulen, die/der ist herzlich willkommen. Weitere Termine werden über die homepage bekannt gegeben.

Wer von heute auf morgen die Pleiten privater Banken mit 400 Milliarden Euro aus Steuergeldern abwenden kann, sollte auch das Geld haben, um heute in die Bildung zu investieren.

Wir gratulieren zum Jubiläum

Mitglied in der GEW seit:

55 Jahre
Herta Schmidt

50 Jahre
Elisabeth Hartmann
Marianne Lübeck

45 Jahre
Christa Göbel
Gundel Kretschmer

40 Jahre
Lena Dietze
Edeltraud Henn
Christiane Schmerbach
Werner Schnabel
Jürgen Will

25 Jahre
Walter Astheimer
Elke Brinker
Michael Buchholz-Kelm
Margit Büchler Stumpf
Henning Clüver
Anita Engel
Norbert Esser
Wilfried Hundinger
Heike Jesch
Irmela Joppen
Michaela Korschan
Hans Joachim Koschnitzki
Lintrude Krüger
Arnulf Kunze
Wolfgang Ladebeck
Gerhard Müller-Waldheim
Cornelia Sturm
Yücel Tuna
Sabine Weber

www.gew-wiesbaden.de